

LÜBECKISCHE BLÄTTER

9. Dezember 1989 · Heft 21 · 149. Jahrgang · Zeitschrift der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit · Gegr. 1789

Inhalt:

<i>Lübecker Bürgerschaft begrüßt Öffnung der DDR-Grenze</i>	369
<i>Wegfall des „Eisernen Vorhangs“ am 9. November 1989</i>	370
<i>Thesen zur Stadtentwicklung sowie Stadt- und Verkehrsplanung nach Wegfall des „Eisernen Vorhangs“</i>	371
<i>„Gemeinnützig“ empfängt Besucher aus der DDR</i>	374
<i>Die „Neuen Lübeckischen Blätter“ als Wegbereiter einer staatlichen Neuordnung – Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte Lübecks in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (III)</i>	376

Lübecker Bürgerschaft begrüßt Öffnung der DDR-Grenzen

Die friedliche Revolution in der DDR, der Wegfall des „Eisernen Vorhangs“, die Öffnung der Grenzen zwischen Ost und West beschäftigte auch die Lübecker Bürgerschaft in ihrer letzten Sitzung am 23. November. „Über vier Jahrzehnte war Lübeck nach Berlin die Stadt, deren Leben und Entwicklung am deutlichsten von dieser Grenze geprägt wurde“, sagte Bürgermeister Bouteiller in einer Erklärung vor dem Stadtparlament (siehe nachstehenden Beitrag).

In einer gemeinsam von den Sozial- und Christdemokraten sowie Unabhängigen eingebrachten und beschlossenen Resolution bringt die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck ihre Freude über die Öffnung der Grenzen von der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck (siehe Kasten auf der nächsten Seite) – nur die Grünen stimmten dem Papier nicht zu: Sie lehnten die in Nummer 3. aus dem Grundgesetz entnommene verfassungsmäßige Aufforderung ab, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Nach einem sehr verspäteten Sitzungsbeginn und einer längeren Sitzungsunterbrechung mit Zusammentritten des Ältestenrats und von Fraktionen, wobei es insbesondere um die Frage der Dringlichkeit von nachgeschobenen Punkten ging, nahm die Bürgerschaft mit wechselnden Mehrheiten drei Anträge an, nämlich

- einen CDU-Antrag vom 13. November: Der Senat wird beauftragt, der Bürgerschaft unverzüglich zu berichten, welche Konsequenzen die Stadt Lübeck aus der Entwicklung zugunsten der Freizügigkeit für DDR-Bür-

ger zu ziehen hat – dieses Papier stimmte inhaltlich völlig mit dem zunächst von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag vom gleichen Tag überein;

- einen Antrag der Grünen vom 23. November: Es sollen insbesondere verkehrslenkende und eingeschränkt verkehrsbauliche Maßnahmen ergriffen werden, es ist ein schnellbahn-ähnlicher Schienenverkehr im grenznahen Bereich aufzunehmen, ein Buslinienverkehr mit den grenznahen Orten soll eingerichtet werden, ein Fährverkehr zwischen Lübeck und Wismar ist zu realisieren, ein Park- und Fahr-Bus-

verkehr von einem Großparkplatz im Grenzbereich sowie von Stockelsdorf, Bad Schwartau und Groß Grönau unter finanzieller Beteiligung dieser Gemeinden und Kreise soll hergestellt werden, das künftige Landschaftsschutzgebiet Schlutuper Mühlenbachtal dürfe dabei nicht auf Dauer als Autoabstellplatz genutzt werden, der städtische Busverkehr muß für Besucher aus der DDR kostenlos sein; schließlich wird der Senat beauftragt, der Bürgerschaft zur Januar-Sitzung zu berichten über weitere Möglichkeiten zur Minimierung des Individual-Autoverkehrs im Stadtgebiet;



Ehemaliger Grenzübergang Lübeck-Eichholz-Herrnburg: Warten auf Öffnung.